



Handel und Hunger

Ein „Erfolg“ der Freihandelsfans bei der WTO-Konferenz in Hongkong könnte weltweit die Armut erhöhen.

Von der nächste Woche stattfindenden 6. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation WTO versprechen sich Freihandelsfans einen Wachstumsschub und damit den goldenen Weg aus der globalen Armut. Noch immer folgt der politische Mainstream dem Mantra: „Handel fördert Wachstum, und Wachstum reduziert Armut.“ Die von diversen UNO-Organisationen veröffentlichten Fakten zeichnen ein anderes Bild. Erstens: Weltweit lag das Wachstum pro Kopf in den 60er Jahren bei 3,6%, in den 70ern bei 2,1%, in den 80ern bei 1,3% und in den 90ern bei 1,1%. Je liberalisierter die Weltwirtschaft, desto geringer das Wachstum. 52 Länder wurden in den neunziger Jahren überhaupt ärmer. Am schnellsten wächst mit China ein Land, das sich bislang keinen Deut um die Vorgaben des Währungsfonds scherte, wenig Wert auf Demokratie und Menschenrechte legt und erst vor kurzem der WTO beiträt. Zweitens: Die offene Arbeitslosigkeit stieg laut der Internationalen Arbeitsorganisation ILO zwischen 1990 und 2002 in sechs von neun Weltregionen, in den USA und der EU blieb sie konstant, nur in Südasien sank sie. Drittens: Der Anteil der absolut Armen (= weniger als 1 US-\$ Tageseinkommen) an der Gesamtbevölkerung stieg in den neunziger Jahren laut Weltbank in Zentralasien, Nordafrika, Afrika südlich der Sahara, Lateinamerika, der Karibik, im Nahen Osten und in Osteuropa an. Viertens: 80% der Menschen leben laut dem UN-Entwicklungsprogramm UNDP in Ländern, in denen die Ungleichheit zunimmt. Fünftens: Der weltweite Hunger steigt laut der UN-Organisation für Landwirtschaft und Ernährung seit Mitte der neunziger Jahre wieder an. Die Ergebnisse sind eindeutig, nur scheinen sie in den Bilanzen der Gewinner des „Freihandels“, der globalen Konzerne, nicht auf.

Falls sich in Hongkong die vorliegenden Vorschläge durchsetzen, wird der Hunger weiter zunehmen. Denn die exportstarken Länder fordern aggressive Liberalisierung in der Landwirtschaft. Positiv ist daran ist das Auslaufen der Exportsubventionen von EU und USA – sie zerstören die lokalen Märkte für Milch, Geflügel und Tomaten von Afrika bis Lateinamerika. Umso negativer würde sich radikaler Zollabbau weltweit auswirken. Denn nur eine Minderheit von Agrarbetrieben und -konzernen lebt vom Export. Ihre Expansion würde zahllose selbst- und nahversorgenden KleinbäuerInnen in den Ruin treiben und die besten Böden für den Export konzentrieren – der Hunger würde parallel zum Handel steigen. Schon heute leben vier Fünftel der unterernährten Kinder in Ländern, die Nahrungsmittel exportieren. In Brasilien ist ein Drittel des fruchtbaren Bodens mit Soja besetzt, allerdings nicht für die lokale Bevölkerung, sondern für die europäischen Schweine, Hühner und Rinder. In jedem (konventionellen) Schnitzel steckt ein bisschen Hunger. Der beste Beitrag Europas zur Überwindung des Welthungers wäre der Verzicht auf Futtermittelimporte, die Unterstützung von Landreformen und Ausbildungsprogrammen sowie die Umstellung der Importe auf Fair Trade.

Zweiter Knackpunkt in Hongkong ist der von den USA und der EU geforderte Zollabbau bei Industriegütern; dieser würde die armen Länder abermals hart treffen. Denn gegen die hochproduktiven westlichen Industrie-Schergewichte hätten die Leichtgewichte der armen Länder bei „freiem“ Handel keine Chance. An Erfahrungen mit voreiliger Marktöffnung mangelt es nicht. Zahlreiche Länder wurden in den achtziger und neunziger Jahren von Weltbank und Währungsfonds zur Handelsliberalisierung gezwungen, mit eindeutigen Ergebnissen: Senegal verlor ein Drittel aller Industriebeschäftigten, in Ghana schwand die Manufakturbeschäftigung von 79.000 auf 28.000, in der Elfenbeinküste kollabierten die Chemie-, Textil-, Schuh- und Autozulieferbranche.

Wie unfair die so genannte Freihandelsdebatte verläuft, zeigt der Umstand, dass keine der heutigen Handelsmächte durch Freihandel groß geworden ist. Alle bedienten sich des Instruments der Schutzzölle, bis sie Weltmarktreife erlangten. Noch 1950 hoben die USA einen Durchschnittszoll von 14%, Deutschland von 26% und Großbritannien von 23% ein, das sind zum Teil höhere Zollsätze als die ärmsten Länder heute einheben. Hier liegt ein besonderes Ärgernis der Globalisierungsdebatte: Jedem, der den Freihandel zu kritisieren wagt, wird reflexhaft unterstellt, ein Fan von Nordkorea zu sein. So als gäbe es zwischen schrankenloser Öffnung und hermetischer Abschottung keine Zwischenstufen. Und so, als hätten sämtliche heutigen Industrieländer nicht weidlich von diesen Zwischenstufen Gebrauch gemacht.

Der nächste Zynismus: Einmal zu ungleichem Wettbewerb gezwungen, bleibt den armen Ländern keine andere Wahl, als ihren „Standortvorteil“ in niedrigen Sozial- und Umweltstandards zu suchen. Dass Selbstzerstörung die einzige Möglichkeit der Teilhabe an der Weltwirtschaft ist, zeigt die Sackgasse von Freihandel und WTO. In die Zukunft einer solchen Organisation sollten keine Hoffnungen gelegt werden. Sie wurde bewusst außerhalb der Vereinten Nationen angelegt, um den Freihandel zum alleinigen Ziel erheben zu können. Partnerschaftliche, wohlfördernde und friedensstiftende Nord-Süd-Beziehungen sind aber nur mit komplexeren Zielsetzungen erreichbar: Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung, Ernährungssouveränität, Geschlechtergerechtigkeit, Schutz der biologischen und kulturellen Vielfalt. Diese Ziele werden in den zahlreichen Teilorganisationen der UNO verfolgt, die WTO hat hier keinerlei Kompetenz. Selbst wenn in Hongkong die radikalen Liberalisierungsforderungen von EU und USA abgeblockt werden können, sollten progressive und zukunftsorientierte PolitikerInnen beginnen, sich über faire Nord-Süd-Beziehungen jenseits des Primats des Freihandels und innerhalb der UNO Gedanken zu machen.

Erschienen im „Falter“ 49/2005.